Berlin,
6. Oktober 2026

BVI-Position zur Finanzbildungsstrategie des Bundes

Ein grundlegendes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen ermöglicht es Bürgern, bessere Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen. Es fördert wirtschaftliche Unabhängigkeit und ermöglicht Teilhabe am Produktivkapital. Wir[1] unterstützen daher das Ziel der Bundesregierung, die Finanzbildung in Deutschland zu stärken. Der Strategieentwurf stellt einen überfälligen Schritt dar, die finanzielle Selbstbestimmung in Deutschland strukturell zu stärken.

Entscheidend bleibt allerdings die institutionelle Verankerung ökonomischer Bildung in Schulen. Nur eine flächendeckende Schulbildung entkoppelt Finanzwissen vom sozioökonomischen Hintergrund der Herkunftsfamilie, garantiert eine breite gesellschaftliche Partizipation und legt das Fundament für ein fundiertes wirtschaftliches Verständnis. Die Vertreter der Finanzministerkonferenz haben am 30. Januar 2025 erklärt, einen aktiven Beitrag zur Finanzkompetenz zu leisten. Wir fordern, dass die Bundesregierung in Kooperation mit den Bundesländern strukturelle Rahmenbedingungen dafür schafft, dass ökonomische Inhalte künftig in den weiterführenden Schulen deutschlandweit vermittelt werden. Die Vermittlung dieser Inhalte muss politisch neutral und auf qualitätsgesicherter Grundlage erfolgen. Daher ist es wichtig, dass auch die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Lehrkräften fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch gestärkt wird. Wir empfehlen dafür die Einführung entsprechender Lehramtsstudiengänge und regelmäßige Weiterbildungsangebote der Lehrkräfte.

Wir begrüßen die aktuellen Reformen zur Altersvorsorge, die eine zielgerichtete Reaktion auf den demografischen Wandel darstellen und den Vermögensaufbau am Kapitalmarkt fördern. Diese Maßnahmen können maßgeblich dazu beitragen, Berührungsängste gegenüber dem Kapitalmarkt abzubauen, das Verständnis für langfristiges Investieren zu stärken und den Einstieg in den Vermögensaufbau zu erleichtern. Sie ersetzen jedoch keine vollumfängliche Finanzbildung.

Die Bildung einer Task Force Finanzbildung befürworten wir. Die Bündelung von Maßnahmen und regelmäßige Austauschformate bieten eine gute Grundlage für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Um einen breiten Konsens zu fördern und Akteure dauerhaft zusammenzubringen, sollten neben den genannten Bundesministerien, der Bafin und der Deutschen Rentenversicherung auch Vertreter der Privatwirtschaft der Task Force als ständige Mitglieder angehören. Der BVI steht als Vertreter der Fondsbranche für eine Mitarbeit in der Task Force Finanzbildung und für Stakeholderworkshops zur Verfügung.

[1] Der BVI vertritt die Interessen der deutschen Fondsbranche auf nationaler und internationaler Ebene. Er setzt sich gegenüber Politik und Regulatoren für eine sinnvolle Regulierung des Fondsgeschäfts und für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Als Treuhänder handeln Fondsgesellschaften ausschließlich im Interesse des Anlegers und unterliegen strengen gesetzlichen Vorgaben. Fonds bringen das Kapitalangebot von Anlegern mit der Kapitalnachfrage von Staaten und Unternehmen zusammen und erfüllen so eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Die 113 Mitgliedsunternehmen des BVI verwalten über 5 Billionen Euro Anlagekapital für Privatanleger, Versicherer, Altersvorsorgeeinrichtungen, Banken, Kirchen und Stiftungen. Deutschland ist mit einem Anteil von 26 Prozent der größte Fondsmarkt in der EU.

BVI
Bundesverband Investment
und Asset Management e.V.

Kontakt
Fon +49 69 15 40 90 0
www.bvi.de

BVI Berlin
Unter den Linden 42
10117 Berlin

BVI Brüssel
Rue Belliard 15–17
1040 Bruxelles

BVI Frankfurt
An der Welle 4
60322 Frankfurt am Main

Geschäftsführung
Thomas Richter Hauptgeschäftsführer
Rudolf Siebel Geschäftsführer

Die Finanzbildungsplattform „Mit Geld und Verstand“ sollte eine systematische Aufnahme und Sichtbarkeit von Lehr- und Lernangeboten privater Stakeholder zulassen. Durch Synergieeffekte entstünde eine Plattform, die Lehr- und Lernangebote aus dem öffentlichen und privaten Sektor vereint. Zielgruppen erhielten dadurch einen Gesamtüberblick über alle verfügbaren Materialien. Die Freigabe dieser Materialien sollte an eine vorherige, unabhängige Qualitätsprüfung gekoppelt sein.

Abschließend empfehlen wir, dass Deutschland künftig am PISA-Zusatzmodul zur Finanzbildung teilnimmt, um im weltweiten Vergleich datengestützte Erkenntnisse zu gewinnen.